

Nr. 9.2.1

R/SB/Amt: 209	Produkt: 1.42.03.01.2
------------------	-----------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Schließung Freibad Mirke

freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Mit VO/0799/08 wurde dem Sportausschuss am 27.11.2008 ein Bericht über den technischen und baulichen Zustand der Wuppertaler Bäder vorgelegt. Auch aufgrund der für einen Weiterbetrieb des Freibades Mirke notwendigen erheblichen Investitionen mit einem Volumen von rd. 4 Mio. € sieht die Verwaltung keine Alternative zur Schließung des Bades ab 2011.

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	- 65.000	- 65.000	- 65.000	- 65.000	- 65.000

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	- 150.000	- 300.000	- 300.000	- 300.000	- 300.000

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	- 40.000	- 40.000	- 40.000	- 40.000	- 40.000

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	175.000	325.000	325.000	325.000	325.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

Vermarktung des Grundstücks wird angestrebt; Erlös-Höhe nicht quantifizierbar

Veränderung der VK-Zahlen

Nr. 9.2.2

R/SB/Amt: 209	Produkt: 1.42.03.01.1
------------------	-----------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Schließung Freibad Eckbusch

freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Mit VO/0799/08 wurde dem Sportausschuss am 27.11.2008 ein Bericht über den technischen und baulichen Zustand der Wuppertaler Bäder vorgelegt. Auch aufgrund der für einen Weiterbetrieb des Freibades Eckbusch notwendigen erheblichen Investitionen mit einem Volumen von rd. 3,6 Mio. € sieht die Verwaltung keine Alternative zur Schließung des Bades ab 2011.

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	- 20.000	- 20.000	- 20.000	- 20.000	- 20.000

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	- 60.000	- 100.000	- 100.000	- 100.000	- 100.000

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	- 28.000	- 28.000	- 28.000	- 28.000	- 28.000

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	52.000	92.000	92.000	92.000	92.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

Vermarktung des Grundstücks wird angestrebt; zusätzlicher Verkaufserlös ist realistisch.

Veränderung der VK-Zahlen

Nr. 9.2.3

R/SB/Amt: 209	Produkt: 1.42.03.01.4
------------------	-----------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Schließung Freibad Vohwinkel

freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Mit VO/0799/08 wurde dem Sportausschuss am 27.11.2008 ein Bericht über den technischen und baulichen Zustand der Wuppertaler Bäder vorgelegt. Auch aufgrund der für einen Weiterbetrieb des Freibades Vohwinkel notwendigen erheblichen Investitionen mit einem Volumen von rd. 3 Mio. € sieht die Verwaltung keine Alternative zur Schließung des Bades in 2011.

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	- 50.000	- 72.000	- 72.000	- 72.000	- 72.000

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	50.000	72.000	72.000	72.000	72.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

Vermarktung des Grundstücks wird angestrebt; zusätzlicher Verkaufserlös ist realistisch.

Veränderung der VK-Zahlen

--

Nr. 9.3.1

R/SB/Amt: 209	Produkt: 1.42.03.02.2
------------------	-----------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Schließung Hallenbad Ronsdorf

freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Bei mittelfristig anstehendem Sanierungsbedarf im Umfang von 2 – 4 Mio. € (vgl. Berichtsdrucksache VO/0799/08 im Sportausschuss am 27.11.2008) und insgesamt rückläufigen Besucherzahlen im Bäderbereich sowie unter Berücksichtigung der Angebote anderer grundlegend saniertes Bäder im Stadtgebiet wird die Schließung von zwei weiteren Hallenbädern im Jahr 2012 vorgeschlagen.

Die Schließung soll erst nach den in den Hallenbädern Cronenberg und Uellendahl durchzuführenden Sanierungsmaßnahmen erfolgen. Das Personal wird zum Betrieb der Schwimmpool und der übrigen Bäder eingesetzt.

Personalkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
		- 380.000	- 380.000	- 380.000	- 380.000

Sachkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
		- 300.000	- 350.000	- 350.000	- 350.000

Einnahmen					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
		- 170.000	- 170.000	- 170.000	- 170.000

Ergebnis					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
		510.000	560.000	560.000	560.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

Vermarktung des Grundstücks wird angestrebt; zusätzlicher Verkaufserlös ist realistisch.

Veränderung der VK-Zahlen

Nr. 9.3.2

R/SB/Amt: 209	Produkt: 1.42.03.02.3
------------------	-----------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Schließung Hallenbad Vohwinkel

freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Bei mittelfristig anstehendem Sanierungsbedarf im Umfang von 3 – 5 Mio. € (vgl. Berichtsdrucksache VO/0799/08 im Sportausschuss am 27.11.2008) und insgesamt rückläufigen Besucherzahlen im Bäderbereich sowie unter Berücksichtigung anderer grundlegend sanierter Bäder im Stadtgebiet wird die Schließung von zwei weiteren Hallenbädern im Jahr 2012 vorgeschlagen.

Die Schließung soll erst nach den in den Hallenbädern Cronenberg und Uellendahl durchzuführenden Sanierungsmaßnahmen erfolgen. Das Personal wird zum Betrieb der Schwimmpool und der übrigen Bäder eingesetzt.

Personalkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
		- 500.000	- 500.000	- 500.000	- 500.000

Sachkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
		- 500.000	- 560.000	- 560.000	- 560.000

Einnahmen					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
		- 220.000	- 220.000	- 220.000	- 220.000

Ergebnis					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
		780.000	840.000	840.000	840.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

Vermarktung des Grundstücks wird angestrebt; zusätzlicher Verkaufserlös ist realistisch.

Veränderung der VK-Zahlen

Nr. 9.4

R/SB/Amt: 209	Produkt: 1.42.04.02
------------------	---------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Übertragung der Stadion-Unterhaltung

 freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?
Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Die Stadt hat schon eine Reihe von Sportstätten den Vereinen zur Unterhaltung übergeben. Es ist beabsichtigt, dies auch mit dem Stadion am Zoo durchzuführen.

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan-Entwurf der Verwaltung berücksichtigt.

Personalkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
		- 200.000	- 200.000	- 200.000	- 200.000

Sachkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
		- 100.000	- 100.000	- 100.000	- 100.000

Einnahmen					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
		300.000	300.000	300.000	300.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse**Veränderung der VK-Zahlen**

10. Kosten der politischen Steuerung

Die GPA hat in ihrem Bericht festgestellt, dass die Stadt Wuppertal bei den Kosten für die politische Steuerung den Maximalwert in ihrer Größenklasse erreicht. Über Veränderungen muss im Verlauf dieser Wahlperiode entschieden werden, damit eine Umsetzung für die nächste Ratsperiode sicher gestellt werden kann.

- 10.1 Reduzierung der Zahl der Ratsmandate um sechs
- 10.2 Reduzierung der Anzahl der Bezirksvertretungen
- 10.3 Reduzierung der freien BV-Mittel um 50%
- 10.4 Zuweisungen an die Fraktionen
- 10.5 Verzicht auf geldwerte Leistungen
- 10.6 Reduzierung der Zahl der Geschäftsbereiche um zwei innerhalb der laufenden Wahlperiode

Nr. 10.1

R/SB/Amt: 000	Produkt: 1.11.01.01
------------------	---------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Verzicht auf sechs Ratsmandate ab 2014

() freiwillige Aufgabe (x) Pflichtaufgabe (x) Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Die Kosten pro Ratsmandat (bestehend aus Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgeldern, Verdienstausfallentschädigungen, Zuwendungen pro Mandat an Fraktionen/Gruppen) liegen bei durchschnittlich 15.000 € pro Jahr. Die Reduzierung der Zahl der Ratsmandate um sechs führt zu Einsparungen von 90.000 € pro Jahr.

Die Reduzierung der Anzahl der Ratsmandate ist erst im Zusammenhang mit der Kommunalwahl 2014 möglich.

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
					- 90.000

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
					90.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

--

Veränderung der VK-Zahlen

--

Nr. 10.2

R/SB/Amt: 000	Produkt: 1.11.02.01
------------------	---------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Reduzierung der Anzahl der Bezirksvertretungen

() freiwillige Aufgabe (x) Pflichtaufgabe (x) Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Die Gemeindeordnung sieht in kreisfreien Städten die Einteilung des Stadtgebietes in mindestens sechs, maximal zehn Stadtbezirke vor. Die von der Gemeindeprüfungsanstalt für Wuppertal angeregte Festlegung auf die Mindestzahl von Stadtbezirken führt zur Reduzierung von zehn auf sechs Stadtbezirke und zur Einsparung von 232.000 € jährlich (Aufwandsentschädigungen, Fraktionsgelder, Personalkosten Geschäftsführung, Sachkosten).

Die Reduzierung der Anzahl der Stadtbezirke ist erst im Zusammenhang mit der Kommunalwahl 2014 möglich.

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
					- 50.000

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
					- 182.000

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
					232.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

--

Veränderung der VK-Zahlen

--

Nr. 10.3

R/SB/Amt: 000	Produkt: 1.11.02.01
------------------	---------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Reduzierung der freien BV-Mittel

 freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich
Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Die „freien Mittel“ der Bezirksvertretungen müssen aufgrund der drohenden Überschuldung der Stadt deutlich reduziert werden. Die Verwaltung hält eine Reduzierung von bisher 259.000 € auf künftig 130.000 € für erforderlich und schlägt eine Änderung der Berechnungsgrundlage (Verzicht auf Sockelbetrag) vor.
Die Umsetzung erfolgt im Rahmen des Haushaltsplans mit Wirkung zum 01.01.2010.

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
- 129.000	- 129.000	- 129.000	- 129.000	- 129.000	- 129.000

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
129.000	129.000	129.000	129.000	129.000	129.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

--

Veränderung der VK-Zahlen

--

Nr. 10.4

R/SB/Amt: 000	Produkt: 1.11.01.01
------------------	---------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Zuweisungen an die Fraktionen

 freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss liegt vor.
Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Der Rat der Stadt hat eine Reduzierung der Fraktionszuweisungen beschlossen. Damit wird ein Konsolidierungsbeitrag von 157.000 € erbracht; die Reduzierung ist im Haushalt 2010/2011 berücksichtigt.

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
- 157.000	- 157.000	- 157.000	- 157.000	- 157.000	- 157.000

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
157.000	157.000	157.000	157.000	157.000	157.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse**Veränderung der VK-Zahlen**

Nr. 10.5

R/SB/Amt: 000	Produkt: 1.11.01.01
------------------	---------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Verzicht der Fraktionen auf geldwerte Leistungen

() freiwillige Aufgabe () Pflichtaufgabe () Gremienbeschluss liegt vor.

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Durch den Verzicht auf bisher gewährte geldwerte Leistungen an die Fraktionen des Rates der Stadt wird ein Konsolidierungsbeitrag in Höhe von rd. 180.000 €/Jahr erzielt.

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan-Entwurf der Verwaltung berücksichtigt.

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
- 180.000	- 180.000	- 180.000	- 180.000	- 180.000	- 180.000

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
180.000	180.000	180.000	180.000	180.000	180.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

--

Veränderung der VK-Zahlen

--

Nr. 10.6

R/SB/Amt: 400	Produkt: diverse
------------------	------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Reduzierung der Zahl der Geschäftsbereiche um zwei innerhalb der laufenden Wahlperiode

freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Die Zahl der Geschäftsbereiche wird im Verlaufe der laufenden Wahlperiode von sieben auf fünf reduziert. Neben dem Wegfall der Geschäftsbereichsleitungen erfolgt die Auflösung der Geschäftsbereichsbüros (Sekretariat, Büroleitung, Innenrevision, weitere Fachkräfte). Insgesamt wird ein Einsparvolumen von pauschal 300.000 € pro Geschäftsbereich angesetzt.

Personalkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
- 150.000	- 300.000	- 300.000	- 450.000	- 600.000	- 600.000

Sachkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Einnahmen					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
150.000	300.000	300.000	450.000	600.000	600.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse**Veränderung der VK-Zahlen**

11. Interkommunale Zusammenarbeit

Zusammenarbeit der Bergischen Großstädte Remscheid, Solingen und Wuppertal

Das Schwergewicht der interkommunalen Zusammenarbeit liegt auf der Kooperation der Stadt Wuppertal mit den Städten Remscheid und Solingen. Bereits seit dem Jahr 2002 gibt es verbindliche Verabredungen der drei Oberbürgermeister zur Stärkung der bergischen Zusammenarbeit. Eine Steuerungsgruppe, bestehend aus den Stadtkämmerern, Vertretern der OB-Büros und den Kämmergeleitern der drei Städte, hat die Aufgabe, die Umsetzungsprojekte zu steuern. Die Stadträte erhalten regelmäßig Berichte über die Sachstände der bergischen Projekte. Mit der gemeinsamen „Feuerwehr-Leitstelle“ und der gemeinsamen Weiterbildungseinrichtung „Bergische Volkshochschule“ sind zwei Projekte der Zusammenarbeit zwischen den Städten Wuppertal und Solingen erfolgreich und mit wirtschaftlichen Vorteilen für beide Städte (strukturell 145.000 € im Bereich Leitstelle und 200.000 € im Bereich Weiterbildung) zum Abschluss gebracht worden.

Die Bemühungen zur bergischen Zusammenarbeit der drei Städte zeigen auch in anderen Bereichen Erfolge. Der „Bergische Datenring“ schafft die Leitungsvoraussetzungen zwischen den Städten für alle mit Datenaustausch verbundenen Kooperationsprojekte. Er hat sich als Ringverbindung zwischen den Städten Remscheid, Solingen und Wuppertal sowohl unter technischen als auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sehr bewährt. Auf dieser Basis wird z.B. das IT-Verfahren im Einwohnermeldewesen (MESO) in Remscheid verwaltet und gemeinsam von den Städten Remscheid und Wuppertal genutzt. Das Sozialhilfeverfahren für Remscheid und Wuppertal wird inzwischen in Paderborn verwaltet und betreut. Wuppertal konnte daher den aufwändigen BS 2000-Betrieb aufgeben. Remscheid kann durch den Bergischen Datenring auf eine eigene Verbindung nach Paderborn verzichten, nutzt vielmehr die Wuppertaler Verbindung.

Solingen nutzt den Datenring als Transportverbindung der Bergischen Volkshochschule und der gemeinsamen Feuerwehrleitstelle zwischen Wuppertal und Solingen.

Dies sind nur einige Beispiele für die erfolgreichen Bemühungen der bergischen Städte um gemeinsame wirtschaftliche Vorgehensweisen im IT-Bereich.

Die Stadt Remscheid bedient sich seit August 2009 des ServiceCenters der Stadt Wuppertal für die Abwicklung ihrer Telefondienstleistungen. Mit der Stadt Solingen steht ein vergleichbarer Vertragsabschluss bevor. Damit werden deutliche Deckungsbeiträge und eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Wuppertaler ServiceCenters erreicht.

Mit dem Projekt Bergisches Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt werden – mit wirtschaftlichen Vorteilen für alle drei Städte - zum 01.01.2010 die bisherigen Ämter organisatorisch und räumlich in Solingen zusammengeführt.

Die Forstämter der Städte Remscheid und Solingen sollen fusionieren, die Forstabteilung des Wuppertaler Ressorts für Grünflächen und Forsten wird mit dem fusionierten Betrieb eine Kooperationsvereinbarung abschließen. Für alle drei Städte ergeben sich daraus Optimierungs- und Einsparungsmöglichkeiten.

Für folgende weiteren Arbeitsfelder sind Projektgruppen eingerichtet worden, die die Möglichkeiten der bergischen Zusammenarbeit prüfen. Ergebnisse der Projektarbeit werden bis Ende des Jahres 2009 erwartet. Sie werden zunächst in der Steuerungsgruppe Bergische Zusammenarbeit zu beraten sein, danach schließt sich ggfls. die Beratung in den Verwaltungsvorständen und in den Ratsgremien an. Konsolidierungsbeiträge aus diesen Projekten können daher jetzt noch nicht konkret beziffert und in die Haushaltssicherungskonzepte der drei bergischen Städte aufgenommen werden.

Rechnungsprüfungsämter

Die Projektgruppe untersucht Möglichkeiten der Steigerung der Effizienz und Effektivität der kommunalen Rechnungsprüfung, die Bündelung von Fachkompetenzen in der Prüfung, die Bildung von fachbezogenen Prüfgruppen und die Möglichkeiten zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile für die drei Städte.

Gesundheitsämter

Die Projektgruppe untersucht die Möglichkeiten der Zusammenlegung der Gesundheitsämter der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal in einer Organisationseinheit unter Beibehaltung dezentraler Versorgungsstrukturen, die Steigerung der Effizienz und Effektivität des kommunalen Gesundheitswesens und die Bündelung von Fachkompetenzen. Für dieses Projekt ist bereits jetzt eine Einsparungserwartung in Höhe von 200.000 € in das HSK aufgenommen worden.

Rechtsämter

Die Projektgruppe untersucht die optimale Form einer zukünftigen Kooperation in der Rechtsberatung und –vertretung der drei bergischen Großstädte. Ziele sind die Reduzierung des Ressourceneinsatzes (Personal- und Sachkosten) der Rechtsabteilungen/Rechtsämter, die Reduzierung der Rechtsstreitkosten und die Aufrechterhaltung einer guten Qualität der Rechtsberatung und –vertretung.

Personalabrechnung

Die Projektgruppe untersucht die Voraussetzungen für die zentrale, gemeinsame Aufgabewahrnehmung in den Aufgabenfeldern Personalabrechnung und Beihilfe. Mit dem Wechsel der Stadt Wuppertal auf das Personalwirtschaftssystem SAP-HCM sind alle drei bergischen Städte Vertragspartner unterschiedlicher IT-Dienstleister aus dem KDN-Verbund. Zu prüfen ist, ob der Wechsel zu einem IT-Dienstleister der KDN und damit zur Nutzung eines einheitlichen Personalwirtschaftssystems im Städtedreieck weitere wirtschaftliche Vorteile bringt.

Gebäudemanagement

Die Situation der kommunalen Gebäudewirtschaft im bergischen Städtedreieck soll einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Zu prüfen sind die Vermögenszuordnung (wobei die Eigentümerfunktion bei den Städten verbleiben soll), Rationalisierungspotentiale (z. B. bei Dienstleistungen), Rechtsformen, Steuerungsbeziehungen/ Entscheidungsprozesse und die Personalzuordnung. Die Prüfung erfolgt vor dem Hintergrund, dass durch eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden das höchstmögliche Maß an Wirtschaftlichkeit und Rationalisierung, z.B. durch die optimale Auslastung aller vorhandenen personellen und sachlichen Ressourcen, erreicht werden soll. Die Projektgruppe wird ihre Arbeit Ende 2009 aufnehmen, der Abschluss ist zum Ende 2010 geplant.

Auch die Zusammenarbeit zwischen den beiden Sinfonieorchestern soll intensiviert und – soweit möglich – organisatorisch abgesichert werden. Wegen der damit verbundenen rechtlichen und finanziellen Anforderungen wird es jedoch zunächst erforderlich sein, dass die drei bergischen Städte in einem gemeinsamen Projekt die unterschiedlichen Umsetzungsmöglichkeiten prüfen und bewerten. In diesen Prozess soll auch das Land Nordrhein-Westfalen einbezogen werden.

Zusammenarbeit mit dem KDN

Neben der Zusammenarbeit im bergischen Städtedreieck ist insbesondere die Zusammenarbeit im Bereich der Informationstechnologie über den Dachverband Kommunaler IT-Dienstleister (KDN) zu nennen. Der KDN ist eine Leistungsgemeinschaft aus Kommunen, Landkreisen und Datenzentralen, die die konsequente Optimierung von Qualität und Wirtschaftlichkeit der kommunalen IT-Dienstleistungen zum Ziel hat. Der KDN bildet auch für alle

IT-Themen der bergischen Städte den Rahmen. Die Stadt Wuppertal nimmt in folgenden Bereichen bereits Leistungen der KDN ab:

- Bergische Zusammenarbeit
Die drei bergischen Städte sind KDN-Mitglieder. Alle IT-Aktivitäten zwischen Remscheid, Solingen und Wuppertal sind über den KDN organisiert. Neben den oben beschriebenen gibt es noch zahlreiche kleinere Verfahren, die über den KDN gemeinsam von Wuppertal und Remscheid betrieben werden.
- Betrieb des Sozialhilfeverfahrens in Paderborn
Das Sozialhilfeverfahren aKDN-Sozial wird über den KDN beim KDN-Mitglied GKD Paderborn betrieben.
- Gemeinsame Beschaffung von IT-Komponenten

Über den KDN werden insbesondere Arbeitsplatzausstattungen gemeinsam beschafft, bedarfsweise aber auch z.B. Komponenten für die Rechenzentrumsausstattung, sowie Softwareausstattungen.

Mit dem Wechsel auf ein im KDN-Verbund betriebenes Personalwirtschaftssystem ab 2011 ist ein nächstes IT-Projekt bereits konkret in Vorbereitung. Außerdem arbeitet die Stadt Wuppertal daran, ab Anfang 2010 den revisionssicheren Archivspeicher des KDN am Standort Köln zu nutzen.

Die Stadt Wuppertal bietet aber auch dem KDN zunehmend Leistungen an.

- Seit mehreren Jahren verzichtet die Stadt Remscheid auf eigene externe Zugänge (Internet, DOI). Vielmehr nutzt die Stadt Remscheid die Zugänge gemeinsam mit der Stadt Wuppertal. In diesem Zusammenhang bezieht die Stadt Remscheid auch die Leistungen Betrieb des email-Gateways und der zentralen Sicherheitskomponenten (WEB-Filter, SPAM-Filter, Virenschutz etc.).
- Seit Anfang 2009 wird für die GKD Paderborn das Management des SAN-Speichers und des Sicherungssystems durch Wuppertaler Mitarbeiter übernommen.
- Im Moment ist der KDN dabei, seine Aktivitäten im Bereich Rechenzentrum Bergisch Land am Standort Wuppertal zu verstärken. Hierbei handelt es sich um einen abgetrennten Bereich innerhalb des Wuppertaler Rechenzentrums. Die Technik wird vom KDN für mehrere KDN-Mitglieder aufgebaut, die Dienstleistung wird durch Mitarbeiter der Stadt Wuppertal erbracht. Im Moment handelt es sich hierbei um Infrastrukturkomponenten. Die nächsten Schritte sind erste IT-Verfahren (z.B. zur Verschlüsselung des email-Verkehrs und für die Langzeitarchivierung).
- In der Planung ist auch, das neue Verfahren ALKIS vom Standort für einige KDN-Mitglieder zu betreiben. Erste Tests laufen. Hierbei arbeiten zwei Wuppertaler Ressorts zusammen. Vom IT-Dienstleister wird die Technik zur Verfügung gestellt und betreut, während vom Ressort, Vermessung und Geodaten das Verfahren betreut wird.

Neben dem effektiveren und günstigeren gemeinsamen Betrieb steht für Wuppertal und die anderen KDN-Mitglieder vor allen Dingen die Möglichkeit im Mittelpunkt, die vorhandenen Ressourcen besser zu nutzen und durch die Aktivitäten Einnahmen zu erzielen.

11.1 Service-Center

11.2 Bergisches Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

11.3 Forstämter

11.4 Gesundheitsämter

11.5 Weitere Bergische Projekte

11.5 Personalabrechnung im KDN-Verbund

Nr. 11.1

R/SB/Amt: 401	Produkt: 1.11.23.01
------------------	---------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

ServiceCenter – Kostendeckungsbeiträge aus Remscheid und Solingen.

freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Mit der Einrichtung des ServiceCenters hat die Stadt Wuppertal einerseits eine deutliche Verbesserung des Bürgerservices erreicht, andererseits durch Aufgabenverlagerung Stelleneinsparungen im finanziellen Umfang von 350.000 €/jährlich realisiert.

Das ServiceCenter ist seit dem 01.02.2008 erfolgreich für die Stadt Wuppertal in Betrieb. Bei der Konzeptentwicklung und räumlichen Gestaltung des ServiceCenter ist die Erbringung von Leistungen für andere Städte oder Kunden berücksichtigt worden. Ab dem 01.08.2009 hat das ServiceCenter Leistungen für die Stadt Remscheid übernommen. Dies bietet der Stadt Remscheid die Möglichkeit der Prozessoptimierung und Stelleneinsparung, zusätzlich aber darüber hinaus der Stadt Wuppertal einen erheblichen Deckungsbeitrag zu den Betriebskosten des ServiceCenters. Für die Stadt Solingen steht die Übernahme von Leistungen durch das ServiceCenter für Anfang 2010 an.

Der Deckungsbeitrag kann in Abhängigkeit vom Umfang des Personals variieren, das von den Städten Remscheid und Solingen eingebracht wird.

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan-Entwurf der Verwaltung berücksichtigt.

Personalkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Einnahmen					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
+ 190.000	+ 160.000	+ 160.000	+ 160.000	+ 160.000	+ 160.000

Ergebnis					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
190.000	160.000	160.000	160.000	160.000	160.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse**Veränderung der VK-Zahlen**

Nr. 11.2

R/SB/Amt: 302	Produkt: 1.2.01.03.5
------------------	----------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Bergisches Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

() freiwillige Aufgabe (x) Pflichtaufgabe () Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Die Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal führen zum 01.01.2010 die Aufgaben Veterinär- und Lebensmittelüberwachung in der Stadt Solingen in einem eigenständigen „Bergischen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (BVLA)“ zusammen. Die kommunale Zusammenarbeit ist in einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung geregelt.

Die Bündelung zu einem bergischen Amt führt für alle drei Städte zu Verbesserungen in Höhe von 335.000 €, davon entfallen ca. 90.000 € auf die Stadt Wuppertal.

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan-Entwurf der Verwaltung berücksichtigt.

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

--

Veränderung der VK-Zahlen

--

Nr. 11.3

R/SB/Amt: 103	Produkt: 1.55.03.01.1
------------------	-----------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Optimierung im Forstbereich

 freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?
Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Die Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal haben die Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bereich der Forstämter untersucht. Die Strukturen unterscheiden sich insoweit, als Remscheid und Solingen eigenständige Forstämter haben, während in Wuppertal der Bereich Forst ohne eigenen Verwaltungsbereich als Abteilung des Ressorts Grünflächen und Forsten geführt wird. Die Städte Remscheid und Solingen bereiten zur Zeit die Fusion ihrer Forstämter vor, für die Stadt Wuppertal ist der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem fusionierten Forstbetrieb zu vereinbarten Feldern der Zusammenarbeit wirtschaftlicher. Dies ermöglicht die Einsparung einer Stelle in der Wuppertaler Forstabteilung.

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan-Entwurf der Verwaltung berücksichtigt.

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
- 50.000	- 50.000	- 50.000	- 50.000	- 50.000	- 50.000

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse**Veränderung der VK-Zahlen**

Nr. 11.4

R/SB/Amt: 305	Produkt: 1.41.01
------------------	------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Kooperation im kommunalen Gesundheitswesen

 freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?
Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Die Steuerungsgruppe Bergische Zusammenarbeit hat eine Projektgruppe mit der Prüfung der Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bereich der bergischen Gesundheitsämter beauftragt. Zu prüfen sind die Möglichkeiten der Zusammenlegung der Gesundheitsämter der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal in einer Organisationseinheit unter Beibehaltung dezentraler Versorgungsstrukturen, die Steigerung der Effizienz und Effektivität des kommunalen Gesundheitswesens und die Bündelung von Fachkompetenzen.

Ergebnisse der Projektarbeit liegen noch nicht vor. Als Einsparungsvorgabe für dieses Projekt werden 200.000 € angesetzt.

Personalkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Einnahmen					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse**Veränderung der VK-Zahlen**

Nr. 11.5

R/SB/Amt: mehrere	Produkt: diverse
----------------------	------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Weitere bergische Projekte

freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Neben den zuvor aufgeführten Projekten der bergischen Zusammenarbeiten gibt es nach dem Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt und auch darüber hinaus noch weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit, wie z. B. beim Theater und Orchester.

Die einzelnen Bereiche werden in Übereinstimmung mit den Städten Remscheid und Solingen definiert und in Projekten umgesetzt.

Für noch nicht vereinbarte bergische Projekte und für noch nicht bezifferte Erfolge aus bereits laufenden oder vereinbarten Projekten (z.B. GMW) wird eine Einsparung in Höhe von 1 Mio. € ab 2012 vorgegeben.

Personalkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Einnahmen					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
		1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse**Veränderung der VK-Zahlen**

Nr. 11.6

R/SB/Amt: 400/402/404	Produkt: 1.11.17.0 u.a.
--------------------------	-------------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Personalabrechnung im KDN-Verbund

 freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe (Gremienbeschluss erforderlich?
Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Das derzeit im Einsatz befindliche Personalabrechnungsverfahren IPW/PAISY wird vom IT-Dienstleister nicht weiter gepflegt. Deshalb und auch aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und der fachlichen Zukunftsfähigkeit erfolgt der Wechsel auf das Personalwirtschaftssystem SAP-HCM. Damit steht eine sehr verbreitete zukunftssichere Standardsoftware zur Verfügung, die in die strategische Ausrichtung der Stadt Wuppertal auf SAP und auf den KDN als zentralen Erbringer von IT-Dienstleistungen passt.

Die Wirtschaftlichkeitsberechnungen führen zu einem Kostenvorteil von 60.000 € pro Jahr ab 2013. Die Option einer einheitlichen bergischen Lösung auf SAP-Basis durch den KDN wird geprüft.

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan-Entwurf der Verwaltung berücksichtigt.

Personalkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
- 100.000	- 200.000	- 250.000	- 300.000	- 300.000	- 300.000

Sachkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	+ 240.000	+ 240.000	+ 240.000	+ 240.000	+ 240.000

Einnahmen					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
100.000	- 40.000	10.000	60.000	60.000	60.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

170.000 € „Migrationskosten“ in 2010

Veränderung der VK-Zahlen

12. Technikeinsatz

- 12.1 Bündelung der IT im KDN-Verbund und zentrale Betreuung von Verfahren
- 12.2 Einführung der Selbstverbuchungs (RFID)-Technik in der Stadtbibliothek

Nr. 12.1

R/SB/Amt: 402	Produkt: 1.11.17
------------------	------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Bündelung der IT im KDN-Verbund und zentrale Betreuung von Verfahren

freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Einsparpotentiale liegen in folgenden Bereichen:

- Wechsel der Verfahren Hundesteuer und Grundabgaben vom Großrechnerverfahren BS 2000 bei der GKD Paderborn hin zu modernen Serveranwendungen
- kritische Überprüfung der Wartungs- und Pflegeverträge für Hard- und Software
- Tarifoptimierung der Handykosten durch Trennung von Gerätebeschaffung und laufenden Vertragskosten (weg vom subventionierten Gerät)
- Reduktion der Druckertypen und der Druckeranzahl durch den Einsatz von Etagen-/ Netzwerkdruckern (Gerätebeschaffung und Verbrauchsmaterial)
- erzwungenes, konsequentes Ausschalten der PC-Endgeräte in den arbeitsfreien Zeiten
- zunehmender Einsatz von kostenloser Open Source Software

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan-Entwurf der Verwaltung berücksichtigt.

Personalkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
- 300.000	- 600.000	- 600.000	- 600.000	- 600.000	- 600.000

Einnahmen					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
300.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse**Veränderung der VK-Zahlen**

Nr. 12.2

R/SB/Amt: 214	Produkt: 1.25.04.01
------------------	---------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Einführung der Selbstverbuchungstechnik in der Stadtbibliothek

freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Die Einführung der Selbstverbuchungstechnik in der Stadtbibliothek erfordert Investitionen in Höhe von ca. 270.000 €, die in den Jahren 2010 und 2011 aus den zentralen TUI-Mitteln und über eine anteilige Landesförderung in Höhe von 100.000 € aus Bibliotheks-Fördermitteln aufgebracht werden. Die laufenden Kosten für die Hard- und Software-Pflege werden von SB 214 aus dem eigenen Haushalt aufgebracht. Dem einmaligen Investitionsaufwand stehen dauerhaft Stelleneinsparungen im Umfang von 6,2 Stellen bis zum Jahr 2012 gegenüber

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan-Entwurf der Verwaltung berücksichtigt.

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
- 162.000	- 190.000	- 310.000	- 310.000	- 310.000	- 310.000

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
+ 12.000	+ 12.000	+ 12.000	+ 12.000	+ 12.000	+ 12.000

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
150.000	178.000	298.000	298.000	298.000	298.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

159.000 € (2010) und 108.000 € (2011) für die notwendige TUI-Beschaffung; hierzu werden Landeszuschüsse von je 50.000 € erwartet.

Veränderung der VK-Zahlen

--

13. Weitere Konsolidierungsbeiträge

- 13.1 Verkauf der städtischen Grundstücke Kleine Höhe zur individuellen Bebauung
- 13.2 Schaffung einer Leistungseinheit „Bürgerservice“ (Bündelung von Meldebehörde, ServiceCenter, Schließung von Bürgerbüros etc.)
- 13.3 Differenzierte Kürzungen im Sachkostenbereich
- 13.4 Standardreduzierung bei Pflichtaufgaben
- 13.5 Einsparung von Arbeitsplatzkosten
- 13.6 Regionalbüro (000.5)
Auflösung des Regionalbüros und Übertragung der Aufgaben auf die Bergische Entwicklungsagentur
- 13.7 Ressort Vermessung, Katasteramt und Geodaten (102)
Einsparungen durch Umsetzung von GPA-Maßnahmen
- 13.8 Ressort Grünflächen und Forsten (103):
Ermittlung von Konsolidierungspotenzialen durch Standardreduzierung in der Grünflächenunterhaltung

Ressort Straßen und Verkehr (104):
- 13.9 Energieersparnis im Bereich der öffentlichen Beleuchtung durch Einsatz von energiesparenden Leuchtmitteln ab 2012
- 13.10 Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung
- 13.11 Ressort Bauen und Wohnen (105)
Einsparung der Mittel für den „Erhalt des städtebaulichen Wertes von Gebäuden“
- 13.12 Ressort Umweltschutz (106)
Kündigung der Mitgliedschaft im Zweckverband Neandertal

Ordnungsamt (302):
- 13.13 Einsatzzeiten der Radarwagen durch 302-interne Personalumschichtung ausweiten
- 13.14 Bestattungen auf Veranlassung des Ordnungsamtes
- 13.15 Stationäre Geschwindigkeitsüberwachung

Stadtbetrieb Gesundheitsamt (305):
- 13.16 Einsparungen im zahnärztlichen Dienst
- 13.17 Einsparung des Zuschusses an das ASER-Institut
- 13.18 Ressort Allgemeine Dienste (401)

Flächenreduzierung/Schließung von Einrichtungen/Aufgabe von Mietobjekten im Bereich der Verwaltungsgebäude (nur Räume, nicht Arbeitsplatzkosten)

Ressort Finanzen (403):

13.18 Einsparungen durch Umsetzung von GPA-Vorschlägen

13.20 Zinsoptimierung durch Bündelung der liquiden Mittel (Cash-Pool)

13.21 Personalressort (404):
Einsparungen durch Umsetzung von GPA-Vorschlägen

Nr. 13.1

R/SB/Amt: 403	Produkt: 1.11.25.01.1
------------------	-----------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Verkauf städtischer Grundstücke „Kleine Höhe“

 freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?
Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Die als Gewerbegebiet vorgesehenen Grundstücke „Kleine Höhe“ sollen als Wohngebiet ausgewiesen und anschließend veräußert werden. Unter Beachtung der zeitlichen Dauer für die entsprechenden Beschlüsse und der Erschließung der Grundstücke kann mit einer Veräußerung frühestens ab 2012 gerechnet werden. Bei den unten aufgeführten Einnahmen handelt es sich jeweils um den Nettoertrag aus der Vermarktung.

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
		+ 2.000.000	+ 5.000.000	+ 5.000.000	

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
		2.000.000	5.000.000	5.000.000	

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

--

Veränderung der VK-Zahlen

--

Nr. 13.2

R/SB/Amt: diverse	Produkt: diverse
----------------------	------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Schaffung einer Leistungseinheit „Bürgerservice“

(x) freiwillige Aufgabe () Pflichtaufgabe (x) Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Zur effektiven und wirtschaftlichen Aufgabenerledigung werden wesentliche Bürger-Dienstleistungen in einer neu zu bildenden Leistungseinheit „Bürgerservice“ unter Einbeziehung von Meldebehörde und ServiceCenter bei gleichzeitiger Schließung der Bürgerbüros gebündelt.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung sollen die konkreten Aufgabeninhalte festgelegt und die organisatorischen Rahmenbedingungen erarbeitet werden.

Die mit der Schließung der Bürgerbüros und der Bündelung weiterer Aufgabenbereiche zu erzielenden Einsparungen werden mit 750.000 € ab Mitte 2011 vorgegeben.

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	375.000	750.000	750.000	750.000	750.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

Notwendige Investitionen (baulich, Ausstattung) erfolgen ausschließlich im Rahmen vorhandener Mittel.

Veränderung der VK-Zahlen

--

Nr. 13.3

R/SB/Amt: diverse	Produkt: diverse
----------------------	------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Differenzierte Kürzungen im Sachkostenbereich

 freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?
Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Bei verschiedenen Sachkosten wurden die Ansätze ab 2010 gegenüber den Vorjahren reduziert.

Dies betrifft mit einem nennenswerten Betrag von rd. 160.000 € das Porto für die Gesamtverwaltung, mit 55.000 € das Sachkosten-Budget beim SAP Customer Competence Center, mit rd. 65.000 € Mittel für Öffentlichkeitsarbeit und Werbung (z. B. bei der Gleichstellungsstelle, beim Presseamt und dem Zoo) und mit rd. 45.000 € den Beschaffungs-Etat der Bücherei.

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan-Entwurf der Verwaltung berücksichtigt.

Personalkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
- 350.000	- 350.000	- 350.000	- 350.000	- 350.000	- 350.000

Einnahmen					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse**Veränderung der VK-Zahlen**

Nr. 13.4

R/SB/Amt: diverse	Produkt: diverse
----------------------	------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Umsetzung von Standardreduzierungen bei Pflichtaufgaben

freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Sukzessive sollen alle Bereiche, in denen die Stadt Pflichtaufgaben durchführt, daraufhin geprüft werden, ob und ggf. wie die Aufgabenerledigung künftig erfolgen soll. Es ist insbesondere der Umfang der Leistungen zu hinterfragen und zu prüfen, ob die Erfüllung dieser Aufgaben wirtschaftlicher und damit kostengünstiger erfolgen kann.

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan-Entwurf der Verwaltung berücksichtigt.

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	500.000	1.000.000	2.000.000	3.000.000	3.000.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

--

Veränderung der VK-Zahlen

--

Nr. 13.5

R/SB/Amt: alle	Produkt: diverse
-------------------	------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Einsparung von Arbeitsplatzkosten

 freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?
Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Unter Zi. 1.2.1 ist die Reduzierung der Arbeitsplatzkosten für den Personalabbau, der sich aus der Nutzung der Fluktuation ergibt, kalkuliert. Daneben sind die Arbeitsplatzkosten einzusparen, die sich aus der personellen Umsetzung konkreter HSK-Maßnahmen ergeben.

Ausgehend von ca. 50 Arbeitsplätzen, die aus konkreten HSK-Maßnahmen bis zum Jahr 2014 abzubauen sind, ergibt sich auf der Grundlage des KGSt-Berichtes Kosten eines Arbeitsplatzes, Stand 2009/2010, folgende Berechnung: Die Kosten eines Büroarbeitsplatzes mit IT-Ausstattung werden von der KGSt mit 15.600 € beziffert, die Kosten für nicht-administrative Arbeitsplätze mit 10% der Gehaltskosten = 5.000 €. Ausgehend von jeweils 25 einzusparenden administrativen (= 390.000 €) und nicht-administrativen (= 125.000 €) Arbeitsplätzen errechnet sich ein Einsparvolumen von 515.000 € = ca. 100.000 € pro Jahr von 2010 bis 2014.

Personalkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
- 100.000	- 100.000	- 100.000	- 100.000	- 100.000	- 100.000

Einnahmen					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse**Veränderung der VK-Zahlen**

Nr. 13.6

R/SB/Amt: 000.5	Produkt: 1.57.06.01
--------------------	---------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Auflösung des Regionalbüros und Übertragung der Aufgaben auf die Bergische Entwicklungsagentur (BEA)

freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Mit der Gründung der BEA ist eine zentrale Organisation im Bergischen Städtedreieck für die Erlangung von Fördermitteln aus dem EU-Ziel2 Strukturprogramm (EFRE) gebildet worden. Neben dem Programmbereich Ziel2/EFRE soll in der BEA der Programmbereich Europäischer Sozialfonds (ESF) aufgebaut werden. Die bisher im Regionalbüro/in der Regionalagentur hauptsächlich wahrgenommenen Aufgaben im Bereich der ESF-Förderung werden mit der Folge der Auflösung des Regionalbüros auf die BEA übertragen.

Personalkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	- 25.000	- 50.000	- 50.000	- 50.000	- 50.000

Sachkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Einnahmen					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	25.000	50.000	50.000	50.000	50.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse**Veränderung der VK-Zahlen**

Nr. 13.7

R/SB/Amt: 102	Produkt: 1.51.02.01
------------------	---------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Einsparungen im Ressort Vermessung, Katasteramt und Geodaten

(x) freiwillige Aufgabe (x) Pflichtaufgabe () Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Die von der GPA für R 102 ermittelten Einsparungsmöglichkeiten sind mit insgesamt 12,4 Stellen beziffert. Im Umfang von 6,6 Stellen wurden diese Einsparungsmöglichkeiten bereits durch R 102 bestätigt (davon sind 3,8 Stellen bereits eingespart, weitere 2,8 Stelleneinsparungen werden bis 2013 umgesetzt).

Für die Themen

- Personalbedarf für Vermessungsleistungen nach Abschluss der Arbeiten Döppersberg
- Stellenabbau im vermessungstechnischen Außendienst
- Verfahren zur Erneuerung des Liegenschaftskatasters
- Geoinformationssystem, Kartenherstellung und Reproduktion

sind die Einsparungsmöglichkeiten noch nicht konkretisiert, da über ressortinterne Projektarbeit zunächst die Grundlagen aufzuarbeiten sind. Hierfür werden - neben den o.g. 140.000 € (für 2,8 Stellen) - weitere 200.000 € angesetzt.

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan-Entwurf der Verwaltung berücksichtigt.

Personalkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Einnahmen					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
100.000	150.000	200.000	250.000	340.000	340.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse**Veränderung der VK-Zahlen**

Nr. 13.8

R/SB/Amt: 103	Produkt: 1.55.01.01
------------------	---------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Reduzierung von Standards in der Grünflächenunterhaltung

freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Die GPA hat für den Bereich der Grünflächenunterhaltung ein Konsolidierungspotenzial von ca. 537.000 € gesehen. In einer Projektgruppe werden die Standards für die Erhaltung, Sicherung und Entwicklung von Grünflächen und Parkanlagen aufgearbeitet. Gleichzeitig werden die Möglichkeiten und die Folgen der Reduzierung dieser Standards dargestellt. Die Ergebnisse der Projektarbeit liegen bis Mitte 2010 vor.
Für zu erwartende Einsparungen werden 100.000 € angesetzt.

Personalkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
- 50.000	- 100.000	- 100.000	- 100.000	- 100.000	- 100.000

Sachkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Einnahmen					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
50.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse**Veränderung der VK-Zahlen**

Nr. 13.9

R/SB/Amt: 104	Produkt: 1.54.02.02
------------------	---------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Energieeinsparungen im Bereich der öffentlichen Beleuchtung

 freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?
Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Die GPA hat die Einsparung von Energiekosten in der Straßenbeleuchtung durch Einsatz von energiesparenden Leuchtmitteln angeregt und ein Potenzial von 95.000 € ermittelt. Im Rahmen des Konjunkturprogramms II können in einem über die GPA-Anregungen hinaus gehenden Umfang Leuchtmittel ausgetauscht werden, so dass ab 2012 Energiekosten in Höhe von 200.000 € jährlich eingespart werden.

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan-Entwurf der Verwaltung berücksichtigt.

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
- 35.000	- 145.000	- 200.000	- 200.000	- 200.000	- 200.000

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
35.000	145.000	200.000	200.000	200.000	200.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

--

Veränderung der VK-Zahlen

--

Nr. 13.10

R/SB/Amt: 104	Produkt: 1.54.01.01.2
------------------	-----------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung

(x) freiwillige Aufgabe () Pflichtaufgabe (x) Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Die derzeitige Parkraumbewirtschaftung wird zeitlich und räumlich ausgeweitet.
 Räumlich: Erweiterung um die Innenstadtbereiche von Cronenberg, Langerfeld, Ronsdorf und Vohwinkel
 Zeitlich: Erweiterung auf die Zeiträume montags – freitags von 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr (+ 4 Stunden) und samstags 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr (+ 4 Stunden)

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	+ 500.000	+ 500.000	+ 500.000	+ 500.000	+ 500.000

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

--

Veränderung der VK-Zahlen

--

Nr. 13.11

R/SB/Amt: 105	Produkt: 1.52.03.01
------------------	---------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Einsparung der Mittel „Erhalt des städtebaulichen Wertes von Gebäuden“

freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Die bisher berücksichtigten Mittel in Höhe von 128.000 € für die freiwillige Aufgabe „Erhalt des städtebaulichen Wertes von Gebäuden“ werden in vollem Umfang eingespart.

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan-Entwurf der Verwaltung berücksichtigt.

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
- 128.000	- 128.000	-128.000	- 128.000	- 128.000	- 128.000

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
128.000	128.000	128.000	128.000	128.000	128.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

--

Veränderung der VK-Zahlen

--

Nr. 13.12

R/SB/Amt: 106	Produkt: 1.55.02.01
------------------	---------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Kündigung der Mitgliedschaft im Zweckverband Neandertal

 freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?
Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Die Mitgliedschaft der Stadt Wuppertal im Zweckverband Neandertal wird gekündigt. Dies führt zur Einsparung von 11.250 € jährlich.

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	- 11.250	- 11.250	- 11.250	- 11.250	- 11.250

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	11.250	11.250	11.250	11.250	11.250

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse**Veränderung der VK-Zahlen**

Nr. 13.13

R/SB/Amt: 302	Produkt: 1.12.01.02.2
------------------	-----------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Optimierung der Einsatzzeiten der Radarwagen

freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Durch Personalumschichtung innerhalb des Ressorts 302 wird sicher gestellt, dass dauerhaft mehr Personal für die Besetzung der vier Radarwagen im Zwei-Schicht-Betrieb zur Verfügung steht. Durch die Erhöhung der Einsatzzeiten sind Einnahmesteigerungen in Höhe von 300.000 € zu erwarten.

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan-Entwurf der Verwaltung berücksichtigt.

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
+ 300.000	+ 300.000	+ 300.000	+ 300.000	+ 300.000	+ 300.000

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

--

Veränderung der VK-Zahlen

--

Nr. 13.14

R/SB/Amt: 302	Produkt: 1.12.01.01
------------------	---------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Bestattungen auf Veranlassung des Ordnungsamtes

() freiwillige Aufgabe (x) Pflichtaufgabe () Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Die Bestattungsleistungen für ordnungsbehördliche Bestattungen sind neu auszuschreiben. Ressort 302 schlägt vor, diese Bestattungen ausschließlich auf dem städtischen Friedhof in Ronsdorf durchführen zu lassen. Mit der Umsetzung dieses Einsparungsvorschlages ist ein Einsparpotenzial von 60.000 € verbunden.

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan-Entwurf der Verwaltung berücksichtigt.

Personalkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
- 60.000	- 60.000	- 60.000	- 60.000	- 60.000	- 60.000

Einnahmen					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse**Veränderung der VK-Zahlen**

Nr. 13.15

R/SB/Amt: 302	Produkt: 1.12.01.02.2
------------------	-----------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Stationäre Geschwindigkeitsüberwachung (A 1 und A 46 sowie L 74, L 418 und L 419).

() freiwillige Aufgabe () Pflichtaufgabe (x) Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan-Entwurf der Verwaltung berücksichtigt.

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
+ 500.000	+ 1.000.000	+ .000.000	+ 1.000.000	+ 1.000.000	+ 1.000.000

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
500.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse**Veränderung der VK-Zahlen**

Nr. 13.16

R/SB/Amt: 305	Produkt: 1.41.01.03
------------------	---------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Einsparungen im zahnärztlicher Dienst

 freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?
Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Durch die Vergabe von zahnärztlichen Leistungen, die im Rahmen des KiBiz zu erbringen sind, werden Personalkosten in Höhe von 92.000 € und Sachkosten in Höhe von 28.000 € eingespart.

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan-Entwurf der Verwaltung berücksichtigt.

Personalkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
- 92.000	- 92.000	- 92.000	- 92.000	- 92.000	- 92.000

Sachkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
- 28.000	- 28.000	- 28.000	- 28.000	- 28.000	- 28.000

Einnahmen					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse**Veränderung der VK-Zahlen**

Nr. 13.17

R/SB/Amt: 305	Produkt: 3.41.01.01.1
------------------	-----------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Einsparung des Zuschusses für das ASER-Institut

freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Das ASER-Institut (Institut für Arbeitsmedizin, Sicherheitstechnik und Ergonomie) an der Gesamthochschule Wuppertal wird mit 30.700 € bezuschusst. Diese freiwillige Leistung der Stadt Wuppertal muss eingestellt werden.

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan-Entwurf der Verwaltung berücksichtigt.

Personalkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	- 30.700	- 30.700	- 30.700	- 30.700	- 30.700

Einnahmen					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	30.700	30.700	30.700	30.700	30.700

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse**Veränderung der VK-Zahlen**

Nr. 13.18

R/SB/Amt: 401	Produkt: diverse
------------------	------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Flächenreduzierung/Schließung von Einrichtungen/Aufgabe von Mietobjekten
(nur Räume, keine weiteren Arbeitsplatzkosten)

freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Durch Aufgabe der Mietobjekte Bundesallee 243, Am Clef 58-62, Neumarkt 2, Gemarker Ufer und Viehhofstraße 121 a werden in den Jahren 2010 bis 2013 Mietkosten in Höhe von 464.000 € und Betriebskosten in Höhe von 160.000 € eingespart.

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan-Entwurf der Verwaltung berücksichtigt.

Personalkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
- 35.000	- 150.000	- 202.000	- 202.000	- 624.000	- 624.000

Einnahmen					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
35.000	150.000	202.000	202.000	624.000	624.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse**Veränderung der VK-Zahlen**

Nr. 13.19

R/SB/Amt: 403	Produkt: 1.11.16.0
------------------	--------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Stellenabbau in Umsetzung von GPA-Vorschlägen

(x) freiwillige Aufgabe (x) Pflichtaufgabe () Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat für das Ressort 403 Stelleneinsparungen in unterschiedlichen Bereichen angeregt und ein Einsparpotenzial von mindestens vier Stellen gesehen. Der Stellenabbau im Steueramt ist bereits vollzogen, für den Bereich Kasse geschieht dies in den Jahren 2010 und 2011.

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan-Entwurf der Verwaltung berücksichtigt.

Personalkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
- 54.000	- 166.000	- 200.000	- 200.000	- 200.000	- 200.000

Sachkosten					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Einnahmen					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis					
2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
54.000	166.000	200.000	200.000	200.000	200.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

Veränderung der VK-Zahlen

Nr. 13.20

R/SB/Amt: 403	Produkt: 1.61.04
------------------	------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Zinsoptimierung durch Bündelung der liquiden Mittel (Cash-Pool)

() freiwillige Aufgabe () Pflichtaufgabe () Gremienbeschluss erforderlich?

Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Es ist beabsichtigt, dass der städtische Haushalt und die Haushalte der Eigenbetriebe unter Federführung des Ressorts Finanzen hinsichtlich der Steuerung der liquiden Mittel gebündelt (Cash-Pool) und dadurch optimiert werden.

Darüber hinaus soll geprüft werden, ob und inwieweit eine Cash-Pool-Lösung auch auf städtische Beteiligungen ausgeweitet werden kann.

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	100.000	200.000	200.000	200.000	200.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

--

Veränderung der VK-Zahlen

--

Nr. 13.21

R/SB/Amt: 404	Produkt: 1.11.15.0
------------------	--------------------

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Stellenabbau in Umsetzung von GPA-Vorschlägen

 freiwillige Aufgabe Pflichtaufgabe Gremienbeschluss erforderlich?
Konkrete Beschreibung des Konsolidierungsansatzes

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat für das Ressort 404 Stelleneinsparungen in unterschiedlichen Bereichen angeregt. Der Stellenabbau im Personalressort ist teilweise bereits vollzogen, es sind noch Einsparungen im Umfang von rund 150.000 € umzusetzen. Davon ist die Umsetzung der Stelleneinsparungen durch den Systemwechsel im Personalabrechnungsverfahren mit 100.000 € bereits unter Maßnahme 11.6 erfasst. Es verbleibt die Realisierung von rund 50.000 €.

Die Maßnahme wird im Haushaltsplan-Entwurf der Verwaltung berücksichtigt.

Personalkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Sachkosten

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Einnahmen

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014

Ergebnis

2010	2011	2012	2013	2014	nach 2014
	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000

Notwendige Investitionen/zusätzliche Erlöse

--

Veränderung der VK-Zahlen

--

14. Weitere Prüfaufträge

Maßnahmen, die noch geprüft und beziffert werden müssen und ggfls. zu einem späteren Zeitpunkt in das HSK einfließen:

- 002 Reduzierung des Personalaufwandes für die Rechnungsprüfung
Überprüfung der gesamten Prüfungsorganisation
Stellenwertniveau
Einbeziehung der Innenrevision
- 201 Maßnahmen aus dem GPA-Bericht, deren Prüfung noch nicht abgeschlossen ist.
- Integration des Aufgabengebietes Wohnen in das R 201
 - Untersuchung des Bereiches Unterhaltseinnahmen

 - Wahrnehmung von regelmäßig durchzuführenden Prüfungen kommunaler SBG-II-Leistungen durch das städtische Rechnungsprüfungsamt
 - Ermittlung und Analyse der Ursachen für die hohen Ergebnisse des Zuschussbedarfes je Bedarfsgemeinschaft durch R 201 und ARGE
- APH Prüfung der Möglichkeiten der Übernahme städtischen Personals
- KIJU Prüfung der Möglichkeiten der Übertragung zusätzlicher städtischer Aufgaben

E. Zusammenfassung Haushaltssicherungskonzept

Fundstelle	R/SB	Maßnahme	Zu erzielende Ergebnisverbesserung spätestens zum 31.12.2014	Gesamtvolumen HSK über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung 2010 - 2014	zusätzlich ab 2015
1.2.1	alle	strukturelle Senkung der Personalkosten	12.000.000	38.000.000	
	alle	Senkung der Arbeitsplatzkosten	1.950.000	5.850.000	
1.2.2	404	Bewirtschaftung der Kantine	180.000	810.000	
1.2.3	404	Parken für städtische Mitarbeiter	30.000	120.000	
1.2.4	404	Reduzierung des Aufwandes für die Fortbildung	100.000	500.000	
2.2.1	GMW	Gebäudewirtschaft, Einsparung Personalkosten 200.000		1.000.000	
2.2.2	GMW	Einsparung aus energetischer Erneuerung	500.000	1.750.000	
2.2.3	GMW	Einsparung im Reinigungsbereich	100.000	500.000	
2.2.4	GMW	Gebäudewirtschaft, zusätzliche Gewinnabführung	800.000	4.000.000	
3.2.1	403	Überprüfung und Bereinigung des städtischen Beteiligungsportfolios	35.000	35.000	
3.2.2	403	Beitrag der Sparkasse zur Haushaltskonsolidierung 3.000.000		15.000.000	
3.2.3	403	Veräußerung von Anteilen an der GWG	10.000.000	10.000.000	
3.2.4	403	Verkauf von RWE-Aktien	200.000	200.000	
3.2.5	403	Wirtschaftsförderung, Masterplan Gewerbeparks	300.000	1.500.000	
3.2.6	VHS	Bergische VHS - Zuschussreduzierung	400.000	1.000.000	100.000
4.1	403	Mehreinnahmen Gewerbesteuer	3.000.000	9.000.000	
4.2	403	Erhöhung Hundesteuer	360.000	1.440.000	
4.3	403	Erhöhung Vergnügungssteuer	500.000	2.000.000	
5.1	208	Wirtschaftliche Verbesserungen im Jugendamt	6.900.000	23.500.000	550.000
5.2	202	Erhöhung Elternbeiträge in Kindertageseinrichtungen	750.000	2.450.000	
5.3	208	Kürzung/Streichung d. Zuschüsse im Jugendbereich	500.000	1.650.000	
5.4	208	Einsparvorgaben im Bereich der Einrichtungen der offenen Tür und der Spielplatzhäuser	91.500	457.500	
5.5	202	Schaffung zusätzlicher Tagespflegeplätze	2.255.000	9.760.000	
6.1	201	Kürzung/Streichung d. Zuschüsse im Sozialbereich	450.000	1.800.000	
6.2	201	Einsparungen bei R 201 im Bereich Hilfe zur Pflege ("ambulant vor stationär")	1.380.000	4.890.000	
6.3	201	Weitere Einsparungen bei R 201	1.451.000	6.447.000	34.000
7.1	206	Umsetzung beschlossener Schulschließungen, Grundschulen	415.000	1.806.000	
7.2	206	Umsetzung beschlossener Schulschließungen, weiterführende Schulen	682.000	966.000	
7.3	206	Schließung von weiteren Grundschulen und Hauptschulen bzw. Dependancen	0	0	1.000.000
7.4	206	Erhöhung der Elternbeiträge OGGS	150.000	520.000	
7.5	206	Verzicht auf Förderung der Schulbibliotheken	80.000	320.000	
8.1	200	Streichung/Kürzung d. Zuschüsse im Kulturbereich	150.000	670.000	
8.2	200	Kürzung Zuschuss Wuppertaler Bühnen	1.750.000	4.000.000	250.000
8.3	212	Erhöhung des Schulgeldes in der Bergischen Musikschule	200.000	560.000	

E. Zusammenfassung Haushaltssicherungskonzept

Fundstelle	R/SB	Maßnahme	Zu erzielende Ergebnisverbesserung spätestens zum 31.12.2014	Gesamtvolumen HSK über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung 2010 - 2014	zusätzlich ab 2015
8.4	215	Erhöhung der Eintrittspreise im Zoo	600.000	2.650.000	
8.5	214	Schließung von Stadtteilbibliotheken	220.000	880.000	
8.6	211	Erhöhung der Eintrittspreise für das Sinfonieorchester	100.000	450.000	
9.1	209	Kürzung/Streichung d. Zuschüsse im Sportbereich	154.000	766.000	
9.2.1	209	Schließung Freibad Mirke	325.000	1.150.000	
9.2.2	209	Schließung Freibad Eckbusch	92.000	328.000	
9.2.3	209	Schließung Freibad Vohwinkel	72.000	266.000	
9.3.1	209	Schließung Hallenbad Ronsdorf	560.000	1.630.000	
9.3.2	209	Schließung Hallenbad Vohwinkel	840.000	2.460.000	
9.4	209	Übertragung der Stadion-Unterhaltung	300.000	900.000	
10.1	000	Reduzierung der Anzahl der Ratsmandate	0	0	90.000
10.2	000	Reduzierung der Anzahl der Bezirksvertretungen	0	0	232.000
10.3	000	Reduzierung der freien BV-Mittel	129.000	645.000	
10.4	000	Zuweisungen an die Fraktionen	157.000	785.000	
10.5	000	Verzicht auf geldwerte Leistungen	180.000	900.000	
10.6	400	Reduzierung der Anzahl der Geschäftsbereiche	600.000	1.800.000	
11.1	401	Service-Center	160.000	830.000	
11.2	302	Bergisches Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	90.000	450.000	
11.3	103	Optimierung im Forstbereich	50.000	250.000	
11.4	305	Gesundheitsämter	200.000	800.000	
11.5	mehrere	Weitere Bergische Projekte	1.000.000	3.000.000	
11.6	404	Personalabrechnung im KDN-Verbund	60.000	150.000	
12.1	402	Bündelung der IT im KDN-Verbund	600.000	2.700.000	
12.2	214	Einführung der Selbstverbuchungs-Technik in der Stadtbibliothek	298.000	1.222.000	
13.1	403	Verkauf städtischer Grundstücke Kleine Höhe	12.000.000	12.000.000	
13.2	mehrere	Schaffung einer Leistungseinheit "Bürgerservice"	750.000	2.625.000	
13.3	diverse	Differenzierte Kürzungen im Sachkostenbereich	350.000	1.750.000	
13.4	mehrere	Umsetzung von Standardreduzierungen bei Pflichtaufgaben	3.000.000	6.500.000	
13.5	diverse	Einsparung von Arbeitsplatzkosten	100.000	500.000	
13.6	000.5	Auflösung Regional-Büro	50.000	175.000	
13.7	102	Einsparungen im Ressort Vermessung, Kataster, Geodaten	340.000	1.040.000	
13.8	103	Reduzierung von Standards in der Grünflächenunterhaltung	100.000	450.000	
13.9	104	Energieersparnis bei Straßenbeleuchtung	200.000	780.000	
13.10	104	Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung	500.000	2.000.000	
13.11	105	Einsparung der Mittel "Erhalt des städtebaulichen Wertes von Gebäuden"	128.000	640.000	
13.12	106	Kündigung Mitgliedschaft im Zweckverband Neandertal	11.250	45.000	
13.13	302	Optimierung der Einsatzzeiten der Radarwagen	300.000	1.500.000	
13.14	302	Bestattungen auf Veranlassung des Ordnungsamtes	60.000	300.000	

E. Zusammenfassung Haushaltssicherungskonzept

Fund- stelle	R/SB	Maßnahme	Zu erzielende Ergebnis- verbesserung spätestens zum 31.12.2014	Gesamtvolumen HSK über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung 2010 - 2014	zusätzlich ab 2015
13.15	302	Stationäre Geschwindigkeitsüberwachung	1.000.000	4.500.000	
13.16	305	Einsparungen im Bereich Zahnärztlichen Dienst	120.000	600.000	
13.17	305	Einsparung des Zuschusses für das ASER- Institut	30.700	122.800	
13.18	401	Flächenreduzierung / Schließung von Einrichtungen / Aufgabe von Mietobjekten im Bereich der Verwaltungsgebäude	624.000	1.213.000	
13.19	403	Einsparungen im Ressort Finanzen	200.000	820.000	
13.20	403	Zinsoptimierung durch Bündelung der liquiden Mittel	200.000	700.000	
13.21	404	Einsparungen im Personalressort	50.000	200.000	
		Summe	77.760.450	215.974.300	2.256.000

Ergebnisverbesserung bis 2014	77.760.450
Ergebnisverbesserung 2015	2.256.000
Summe	80.016.450